

WIRTSCHAFTSPARLAMENT DER WIRTSCHAFTSKAMMER WIEN 29. NOVEMBER 2016

BESCHLÜSSE

„Bemühungen um die Bewerbung für den neuen EMA-Standort Wien“

Antrag der Herren Präsident DI Walter RUCK und Vizepräsident LAbg Gem.R. KommR Friedrich STROBL

Das Wirtschaftsparlament beschließt **einstimmig**, dass sich die Wiener Wirtschaftskammer gemeinsam mit der Stadt Wien aktiv und intensiv um die Ansiedlung der European Medicines Agency (EMA) in Wien bemühen wird.

„Erleichterungen beim Arbeitnehmerschutz“

Antrag der Herren SO Mag. Stefan EHRlich-ADÁM, Präsident GD KommR Ing. Wolfgang HESOUN, SO-Stv. BR Mag. Reinhard PISEC, BA und SO-Stv. KommR Ing. Mag. Stefan PETROWSKY

Das Wirtschaftsparlament beschließt **einstimmig (bei 7 Stimmenthaltungen)**, dass sich die Wirtschaftskammer Wien im Zuge der Wirtschaftskammer Österreich an die Bundesregierung und die zuständigen Stellen herantreten und dazu auffordern möge, folgende Maßnahmen schnellstmöglich einzuleiten und umzusetzen:

- Reduktion der Beauftragten im organisatorischen Arbeitnehmerschutz: Das kann durch einsatzlose Streichung bestimmter Funktionen oder auch durch Zusammenlegung von Aufgaben (etwa Betriebsrat übernimmt die Aufgaben der Sicherheitsvertrauenspersonen; Sicherheitstechniker ist auch Brandschutzbeauftragter, etc.) erreicht werden.
- Reduktion bzw. Vereinfachung der Evaluierungspflichten: Bei der Evaluierung psychischer Belastungen sollte insbesondere für Kleinunternehmen ein vereinfachtes Verfahren wie etwa ein Mitarbeitergespräch als ausreichend festgelegt werden; die besondere Evaluierung nach § 2 a MSchG kann entfallen, da § 4 Abs. 2 ASchG ausreichend Schutz bietet; Entfall des Verzeichnisses der Jugendlichen nach § 26 KJBG.
- Rechtssicherheit von Unternehmen in Verwaltungsstrafverfahren: Da es nach der ständigen Judikatur für einen Unternehmer de facto nicht möglich ist, das Bestehen eines Kontrollsystems und damit seine Schuldlosigkeit an der Übertretung einer Arbeitnehmerschutzvorschrift (Ungehorsamsdelikt) darzulegen, muss eine Legaldefinition für ein Kontrollsystem gefunden werden. Die sollte so gestaltet sein, dass ein Arbeitgeber mit der Erfüllung seiner gesetzlichen Evaluierungs-, Informations- sowie Unterweisungspflichten seine Verpflichtungen hinsichtlich des Kontrollsystems erfüllt hat.
- Beseitigung von Mindeststrafen im Verwaltungsstrafrecht.
- Keine erhöhten Strafen bei Begehungsweise als Gewerbetreibender.

„„Unternehmensstrafbarkeit“ im Verwaltungsrecht“

Antrag der Herren SO Mag. Stefan EHRLICH-ADÁM, Präsident GD KommR Ing. Wolfgang HESOUN, SO-Stv. BR Mag. Reinhard PISEC, BA und SO-Stv. KommR Ing. Mag. Stefan PETROWSKY

Das Wirtschaftsparlament beschließt **mehrstimmig (bei 5 Gegenstimmen und 2 Stimmenthaltungen)**, dass die Wirtschaftskammer Wien an die Wirtschaftskammer Österreich mit dem Ersuchen herantreten möge, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass durch eine Neuregelung des § 9 Verwaltungsstrafgesetz die verwaltungsstrafrechtliche Verantwortlichkeit anstatt der zur Vertretung nach außen Berufenen die juristische Person selbst trifft.

„Ermöglichung bedingter Strafen im Verwaltungsstrafrecht“

Antrag der Herren SO Mag. Stefan EHRLICH-ADÁM, Präsident GD KommR Ing. Wolfgang HESOUN, SO-Stv. BR Mag. Reinhard PISEC, BA und SO-Stv. KommR Ing. Mag. Stefan PETROWSKY

Das Wirtschaftsparlament beschließt **einstimmig**, dass die Wirtschaftskammer Wien an die Wirtschaftskammer Österreich mit dem Ersuchen herantreten möge, bei der Bundesregierung einzuwirken, dass ergänzend zum Grundsatz „Ermahnung vor Bestrafung“ im VStG eine Bestimmung eingeführt wird, wonach eine bedingte Strafe bei Übertretung verwaltungsstrafrechtlicher Tatbestände möglich wird.

„Einrichtung von Demozonen - „Plätze der freien Meinungsäußerung““

Antrag von Herrn SO Dr. Rainer TREFELIK
Abänderungsantrag SO Dr. Rainer TREFELIK und WP-Del. Andreas BUSSEK

Das Wirtschaftsparlament beschließt **mehrstimmig (bei 16 Gegenstimmen und 3 Stimmenthaltungen)**, dass sich die Wirtschaftskammer Wien mit den Verantwortlichen der Stadt Wien und der Exekutive für die Schaffung und rechtliche Ausgestaltung von „Plätzen der freien Meinungsäußerung“ in Wien einsetzen soll, die dem verständlichen Wunsch der Organisatoren nach entsprechender Öffentlichkeitswirkung Rechnung tragen, jedoch ohne dabei den Verkehr und das allgemeine Wirtschaftsleben lahmzulegen. Bei der Anmeldung von Demonstrationen sollen diese Plätze aktiv als Austragungsort der Demonstrationen empfohlen werden.

Darüber hinaus sollen die Verantwortlichen der Exekutive und Stadtpolitik von der Wirtschaftskammer Wien auch in Zukunft auf die wiederholte Umgehung des Veranstaltungsgesetzes aufmerksam gemacht und darum ersucht werden, auch in Zukunft genauer zwischen Demonstrationen im ursprünglichen Sinn und sogenannten „Spaßveranstaltungen“ zu unterscheiden.

„Änderung der Fristen für die Begehung zur sicherheitstechnischen und arbeitsmedizinischen Betreuung auf Grund von § 77a Abs. 2 Z 1 und 2 ArbeitnehmerInnenschutzgesetz (ASchG)“

Antrag von Herrn Vizepräsident KommR DDr. Anton G. OFNER

Das Wirtschaftsparlament beschließt **einstimmig**, dass das Präsidium der Wirtschaftskammer Wien sich im Wege der Wirtschaftskammer Österreich beim Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz dafür einsetzen möge, dass die Fristen für die Begehungen von Arbeitsstätten durch eine Sicherheitsfachkraft und durch einen Arbeitsmediziner im Rahmen der sicherheitstechnischen und arbeitsmedizinischen Betreuung von Betrieben mit geringem Gefährdungspotential von derzeit 1 bzw. 2 Kalenderjahren auf längstens alle 5 Kalenderjahre abgeändert wird.

„Entlastung ja, Maschinensteuer nein“

Antrag von Herrn SO Mag. Stefan EHRlich-ADÁM

Abänderungsantrag der Herren SO Mag. Stefan Ehrlich-Adám, Präsident GD KommR Ing. Wolfgang HESOUN, SO-Stv. KommR Ing. Mag. Stefan PETROWSKY und SO-Stv. BR Mag. Reinhard PISEC, BA

Das Wirtschaftsparlament beschließt **mehrstimmig (bei 22 Gegenstimmen)**, dass die Wirtschaftskammer Wien an die Wirtschaftskammer Österreich mit dem Ersuchen herantreten möge, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass Einzelmaßnahmen wie die Einführung einer Maschinensteuer bzw. Wertschöpfungsabgabe nicht weiter verfolgt werden.

„Sektorales Bettelverbot in Wien“

Antrag der Herren SO Dr. Rainer TREFELIK und WP-Del. KommR Mag. Dr. Michael WALTER

Das Wirtschaftsparlament beschließt **mehrstimmig (bei 16 Gegenstimmen und 8 Stimmenthaltungen)**, dass sich die Wirtschaftskammer Wien für die Einführung eines sektoralen Bettelverbotes in den Fußgängerzonen des 1. Bezirks, der Mariahilferstraße sowie in den übrigen Wiener Einkaufsstraßen einsetzt.

„Unnötige Abgaben und bürokratische Mehraufwände abbauen!“

Antrag der Herren Vizepräsident LAbg Gem.R. KommR Friedrich STROBL und WP-Del. Marcus ARIGE

Abänderungsantrag von Frau SO Mag. Maria SMODICS-NEUMANN

Das Wirtschaftsparlament beschließt **mehrstimmig (bei 1 Gegenstimme und 1 Stimmenthaltung)**, dass die Wirtschaftskammer Wien aufgefordert wird, sich im Rahmen der Wirtschaftskammer Österreich dafür einzusetzen, dass

- Firmendaten der Öffentlichkeit im Internet künftig ohne Entgelt zur Verfügung stehen und
- die gesetzliche Verpflichtung zur Publikation von Firmenbucheinträgen im Amtsblatt der Wiener Zeitung abgeschafft wird.

„Die Arbeitslosenversicherung für Selbstständige ist dringend reformbedürftig!“

Antrag der Herren Vizepräsident LABg Gem.R. KommR Friedrich STROBL und WP-Del.
Marcus ARIGE
Abänderungsantrag von SO-Stv. KommR Gerhard FLENREISS

Das Wirtschaftsparlament beschließt **einstimmig (bei 1 Stimmenthaltung)**, dass sich das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Wien im Wege der Wirtschaftskammer Österreich beim Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz dafür einsetzen möge, dass die Bindungsfrist für Selbstständige in der Arbeitslosenversicherung von 8 auf 5 Jahre reduziert wird.

„EPU und Kleinunternehmen sind und müssen ein integraler Bestandteil der Wirtschaftskammer bleiben!“

Antrag der Herren Vizepräsident LABg Gem.R. KommR Friedrich STROBL und WP-Del.
Marcus ARIGE
Abänderungsantrag von Herrn SO Dr. Rainer TREFELIK

Das Wirtschaftsparlament beschließt **einstimmig**, dass sich die Wirtschaftskammer Wien dafür ausspricht, dass

- die Anliegen aller Unternehmerinnen und Unternehmer der gewerblichen Wirtschaft bestmöglich vertreten werden und
- keine Differenzierung aufgrund der Unternehmensgröße erfolgt.

„Ausbau der sozialen Absicherung von EPU und Kleinbetrieben“

Antrag der Herren Vizepräsident LABg Gem.R. KommR Friedrich STROBL und WP-Del. Marcus ARIGE

Das Wirtschaftsparlament beschließt **mehrstimmig (bei 28 Pro-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen)** den Antrag **abzulehnen**.

„Einführung Lehrberuf FahrradmechatronikerIn“

Antrag von Herrn Vizepräsident Johann ARSENOVIC, Frau SO-Stv. Julia BALATKA, Frau SO-Stv. Mag. Sonja FRANZKE, Frau SO-Stv. Mag. Dr. Manuela MÄTZENER, Frau WP-Del. Dipl.-Ing. Ursula MÜLLNER, Herrn WP-Del. Stefan PUSCH und Herrn WP-Del. Georg TOMANDL
Abänderungsantrag aller Antragsteller

Das Wirtschaftsparlament beschließt **einstimmig**, dass sich die Wirtschaftskammer Wien bei den zuständigen Stellen für die Einführung des Lehrberufs der Fahrradtechnik einsetzt. Damit dieser wieder vom Wirtschaftsministerium in die Liste der Lehrberufe aufgenommen wird.

„Unterstützung der regionalen Wirtschaft“

Antrag von Herrn Vizepräsident Johann ARSENOVIC, Frau SO-Stv. Julia BALATKA, Frau SO-Stv. Mag. Sonja FRANZKE, Frau SO-Stv. Mag. Dr. Manuela MÄTZENER, Frau WP-Del. Dipl.-Ing. Ursula MÜLLNER, Herrn WP-Del. Stefan PUSCH und Herrn WP-Del. Georg TOMANDL
Abänderungsantrag von Herrn SO Dr. Rainer TREFELIK

Das Wirtschaftsparlament beschließt **mehrstimmig (bei 2 Gegenstimmen)** dass sich die Wirtschaftskammer Wien dafür einsetzen soll, dass weitere Möglichkeiten zur Förderung der regionalen Wirtschaft geschaffen werden und hinkünftig bei Kooperationen und eigenen PR-Aktionen dafür Sorge getragen wird, dass die regionale Wirtschaft gefördert wird.

„Maßnahmen zur Verringerung von Lebensmittelverschwendung“

Antrag von Herrn Vizepräsident Johann ARSENOVIC, Frau SO-Stv. Julia BALATKA, Frau SO-Stv. Mag. Sonja FRANZKE, Frau SO-Stv. Mag. Dr. Manuela MÄTZENER, Frau WP-Del. Dipl.-Ing. Ursula MÜLLNER, Herrn WP-Del. Stefan PUSCH und Herrn WP-Del. Georg TOMANDL

Die Antragsteller **ziehen den Antrag zurück.**

„Aufhebung der Einschränkung bei der Vermietung von Geschäftsräumen an nicht USt. pflichtige Kleinunternehmen“

Antrag von Herrn Vizepräsident Johann ARSENOVIC, Frau SO-Stv. Julia BALATKA, Frau SO-Stv. Mag. Sonja FRANZKE, Frau SO-Stv. Mag. Dr. Manuela MÄTZENER, Frau WP-Del. Dipl.-Ing. Ursula MÜLLNER, Herrn WP-Del. Stefan PUSCH und Herrn WP-Del. Georg TOMANDL
Abänderungsantrag aller Antragsteller

Das Wirtschaftsparlament beschließt **einstimmig**, dass eine Gesetzesänderung erwirkt werden möge, der die Benachteiligung von Kleinunternehmen und gemeinnützigen Vereinen bei der Anmietung von Arbeitsräumen aufhebt.

„Angleichung der Arbeitszeit“

Antrag von Herrn SO-Stv. BR Mag. Reinhard PISEC, BA
Abänderungsantrag von Herrn SO-Stv. BR Mag. Reinhard PISEC, BA

Das Wirtschaftsparlament beschließt **mehrstimmig (bei 24 Gegenstimmen und 2 Stimmenthaltungen)**, dass die Wirtschaftskammer Wien im Zuge der Wirtschaftskammer Österreich an die Bundesregierung und die zuständigen Stellen herantreten und dazu auffordern möge, folgende Maßnahmen schnellstmöglich einzuleiten und umzusetzen:

- Schaffung der Möglichkeit maßgeschneiderter Arbeitszeit-Modelle, wie von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gefordert, nach der Formel 10 - 12 - 60 - 2:
 - 10 Stunden Normalarbeitszeit
 - 12 Stunden Tageshöchst arbeitszeit
 - 60 Stunden Wochenhöchst arbeitszeit
 - Durchrechnenzeitraum 2 Jahre (die in den Kollektivverträgen vereinbarte durchschnittliche Wochenarbeitszeit bleibt unberührt)
- Stärkung der Entscheidungskompetenz auf betrieblicher und individueller Ebene

„Regulierung und Gleichsetzung bzw. Einstellung der Fördermaßnahmen von Asylwerbern durch die Wirtschaftskammer“

Antrag von Herrn WP-Del. Andreas BUSSEK

Das Wirtschaftsparlament beschließt **mehrstimmig (bei 3 Pro-Stimmen und 1 Stimmenthaltung)** den Antrag **abzulehnen**.

„Nichtkostendeckende Preise bei staatlichen oder staatsnahen Betrieben“

Antrag von Herrn WP-Del. Karl BARON

Das Wirtschaftsparlament beschließt **mehrstimmig (bei 5 Pro-Stimmen)** den Antrag **abzulehnen**.

„Generelles Demonstrationsverbot in der Wiener Innenstadt“

Antrag von Herrn WP-Del. Andreas BUSSEK

Herr WP-Del. Andreas BUSSEK **zieht** den Antrag **zurück**.

„Förderung für Ausbildungsbetriebe“

Antrag der Herren Vizepräsident KommR Karl RAMHARTER und SO-Stv. KommR Peter P. OTTENDORFER

Abänderungsantrag von Frau SO Mag. Maria SMODICS-NEUMANN, Vizepräsident KommR Karl RAMHARTER und Vizepräsident Johann ARSENOVIC

Das Wirtschaftsparlament beschließt **einstimmig**, dass das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Wien daher die Verantwortlichen in der Stadt Wien und im AMS auffordert, die betriebliche Lehre verstärkt zu unterstützen, indem

- betrieblichen Lehrstellen der Vorrang vor überbetrieblichen eingeräumt wird,
- Lehrbetriebe für die Aufnahme bzw. Übernahme von zusätzlichen Lehrlingen nach dem ersten Lehrjahr mit zumindest 5.000,- Euro gefördert werden und
- Betriebe, die in ihren Unternehmen Lehrlinge ausbilden, von der Kommunalsteuer zu befreien

„Unechte Umsatzsteuerbefreiung bei Fakturen an die öffentliche Hand“

Antrag der Herren Vizepräsident KommR Karl RAMHARTER und SO-Stv. KommR Peter P. OTTENDORFER

Abänderungsantrag von Herrn Vizepräsident KommR Karl RAMHARTER

Das Wirtschaftsparlament beschließt **mehrstimmig (bei 13 Gegenstimmen)** dass die Wirtschaftskammer alles Erdenkliche unternehmen möge um zu erreichen, dass künftig Rechnungen an die öffentliche Hand unecht von der Umsatzsteuer befreit werden.

„Komplette Neufassung der österreichischen Gewerbeordnung“

Antrag von Herrn WP-Del. Mag. Mathias MILLER-AICHHOLZ und
Frau WP-Del. Mag. Franziska KOLK

Abänderungsantrag von WP-Del. Mag. Mathias MILLER-AICHHOLZ, WP-Del. Mag. Franziska KOLK, Herrn Vizepräsident Johann ARSENOVIC, Frau SO-Stv. Julia BALATKA, Frau SO-Stv. Mag. Sonja FRANZKE, Frau SO-Stv. Mag. Dr. Manuela MÄTZENER, Frau WP-Del. Dipl.-Ing. Ursula MÜLLNER, Herrn WP-Del. Stefan PUSCH und Herrn WP-Del. Georg TOMANDL
Abänderungsantrag von SO-Stv. KommR Peter DOBČAK, MSc

Abstimmung über den Abänderungsantrag von SO-Stv. KommR Peter DOBČAK, MSc:
Das Wirtschaftsparlament beschließt **mehrstimmig (bei 9 Gegenstimmen)**, dass sich die
Wirtschaftskammer Wien im Zuge der Wirtschaftskammer Österreich einsetzt für

- die Sicherstellung eines Wettbewerbs unter Qualifizierten, um das national und international erfolgreiche duale System der Ausbildung in Österreich zu erhalten und zu stärken,
- Unternehmensgründungen durch eine wesentliche Reduktion der anfallenden Kosten zu erleichtern,
- Erleichterungen im Bereich des Anlagenrechts umzusetzen, damit Genehmigungen rasch und einfach in einem One-Stop-Shop erledigt werden können,
- die größtmögliche Rechtssicherheit für Selbstständige im Zuge der weiteren gesetzlichen Bestimmungen (z.B. bei Lärmbelästigungen, totales Rauchverbot, usw.)
- den hohen Stellenwert der Meister- und Befähigungsprüfungen anzuerkennen, insbesondere durch eine entsprechende Ausrichtung hinsichtlich dem Nationalen Qualifikationsrahmen sowie durch eine erhöhte Durchlässigkeit zu Hochschulstudien,
- das Schaffen der Möglichkeit, auch in nicht reglementierten Gewerben höhere Berufsprüfungen abzulegen.

Die Abstimmung über den enger gefassten Abänderungsantrag der Grünen Wirtschaft und UNOS **entfällt** somit.

„Kontrollausschussbericht dem Wirtschaftsparlament vorlegen“

Antrag von Frau WP-Del. Mag. Franziska KOLK und
Herrn WP-Del. Mag. Mathias MILLER-AICHHOLZ

Das Wirtschaftsparlament beschließt **mehrstimmig (bei 11 Pro-Stimmen und 1 Stimmenthaltung)** den Antrag **abzulehnen**.

„Zusammenlegung von „Wiener Adventzauber“ und „Wiener Christkindlmarkt““

Antrag von Herrn WP-Del. Mag. Mathias MILLER-AICHHOLZ und
Frau WP-Del. Mag. Franziska KOLK

Das Wirtschaftsparlament beschließt **mehrstimmig (bei 7 Pro-Stimmen und 4 Stimmenthaltungen)** den Antrag **abzulehnen**.